

## **Stellungnahme zum Haushaltsentwurf 2023**

**Kreistagssitzung Dienstag, 13. Dezember 2022**

**3. Lesung**

*Sehr geehrter Herr Landrat Wolff,  
sehr geehrter Herr Kreiskämmerer Stolz,  
liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,  
meine sehr geehrten Damen und Herren!*

*Die Ausschussberatungen zum Haushalt 2023, die nach meinem Eindruck in kollegialem, sachlichem und zielorientiertem Austausch stattgefunden haben, sind abgeschlossen.*

*Wir können uns heute der finalen Beratung und Beschlussfassung zuwenden.*

*Angesichts der „Zeitempfehlung“ können auch heute nicht alle*

*Themenbereiche angesprochen werden, die eine Erwähnung und nähere Betrachtung wert wären.*

*Zudem kommen wir im Rahmen der heutigen Kreistagssitzung, ja auf einige Punkte zu sprechen die berechtigterweise einen erheblichen Beratungsbedarf haben.*

*In der letzten Sozialausschusssitzung ist u.a. auch das neue*

*Bundesteilhabegesetz angesprochen worden zu dem die Fraktion der Freien*

*Wähler bei der 2. Lesung einen Antrag gestellt hat, der ja zeitnah im nächsten*

*Jahr beraten werden soll.*

*Unser Fraktionskollege Raimund Bühler hat in dieser Sitzung deutlich darauf hingewiesen, dass Zielrichtung des Gesetzes, die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in deutsches Recht war.*

*Ein an sich guter Gedanke und durchaus sinnvoll.*

*Dass aber aufgrund der Beteiligung Vieler, das Gesetz unnötig aufgebläht und zum „Bürokratiemonster“ wurde, lässt nur den Schluss zu (wie das auch der NWZ zu entnehmen war) „Gut gedacht, schlecht gemacht“.*

*Es ist zu befürchten, dass das Gesetz mit eigentlich wunderbarem Inhalt, in der Umsetzung krachend scheitert.*

*Es kann und darf nicht sein, dass das Gesetz den Behinderten möglicherweise mehr schadet als nützt.*

*In derselben Ausschusssitzung wurde mit großem Nachdruck darauf hingewiesen, dass die Entwicklung bei der Unterbringung von Asylsuchenden und Ukraine-Flüchtlingen, extrem dramatisch ist.*

*Im ganzen Land sind von kommunaler Seite Hilferufe zu hören.*

*Zuletzt beim „Flüchtlingsgipfel“ im Neuen Schloss in Stuttgart.*

*Man muss sich schon fragen, wie laut die „Alarmglocken“ noch läuten müssen, bis in Berlin auf diese Notsituation reagiert wird?*

*Um nicht falsch verstanden zu werden:*

*Flüchtlingen und Asylberechtigten m u s s geholfen werden!*

*Allerdings kann es nicht sein, dass diese humanitäre Aufgabe allein von*

*Deutschland, von den Bundesländern, den Landkreisen, den Städten und Gemeinden zu übernehmen ist.*

*Europäische Lösungen müssen erreicht werden.*

*Dazu gehört neben einer gerechten Verteilung der Zugänge auf die Staatengemeinschaft, auch die Vereinheitlichung der zu beanspruchenden Leistungen.*

*Man kann wirklich den Eindruck bekommen, dass die „Überforderung“ der Kommunen, die nach 24 bzw. 6 Monaten (bei Ukraineflüchtlingen) für die Anschlussunterbringung zuständig sind, sehenden Auges billigend in Kauf genommen wird.*

*Mit großer Sorge beobachten wir den Personal- und Fachkräftemangel in allen Bereichen. Auch bei uns in der Landkreisverwaltung.*

*Speziell im Aufgabengebiet Flüchtlinge und Asylbewerber.*

*Kurzfristig kann möglicherweise durch interne Umbesetzungen eine gewisse Abhilfe geschaffen werden.*

*Eine Dauerlösung wird das jedoch nicht sein können.*

*Mit der Inbetriebnahme der Neubaustrecke Stuttgart – Wendlingen – Ulm hat wohl ein Jahrhundertprojekt seinen Abschluss gefunden.*

*Endgültig fertig wird es jedoch erst mit Inbetriebnahme von S 21.*

*Man geht ja noch von 2025 aus!*

*Die Folgen für den Bahnverkehr im Filstal sind erheblich.*

*Auf die Anschlüsse an die schnellen „Metropolverbindungen“ müssen wir künftig verzichten bzw. haben längere Anfahrtswege in Kauf zu nehmen. Allerdings: das war zu erwarten, als im letzten Jahrhundert (die Älteren unter uns erinnern sich bestimmt noch an die damaligen Beratungen) die Entscheidung zugunsten der H-Trasse fiel.*

*Jetzt sollten die Chancen genutzt werden, die sich dem Regional- und Nahverkehr bieten.*

*Ein kleines Fünkchen Hoffnung besteht, dass es in absehbarer Zeit gelingen könnte, eine durchgetaktete Verbindung bis Ulm zu bekommen.*

*Wer im Interesse des Klimaschutzes die Verkehrswende will, der muss dafür sorgen, dass auf der Filstalstrecke analog zu anderen Strecken im Land ein Fahrplan eingerichtet wird, der im Halbstundentakt (von einem 20-Minuten-Takt will ich gar nicht reden) bis Ulm durchgebunden ist.*

*Nachdem das Land, federführend das Verkehrsministerium, sich bislang (noch) nicht in der Lage sieht, diesem berechtigten Anliegen nachzukommen, darf die Ernsthaftigkeit des Bestrebens nach Verkehrswende und Klimaschutz bezweifelt werden.*

*Aufgabe des Landkreises wird sein, dafür zu sorgen, dass die Bahnstationen entlang der Filstalstrecke einen regelmäßigen, verknüpften Busanschluss bekommen.*

*Bei Abfahrt der Bahn und bei deren Ankunft.*

*Insofern muss das neue Bus-Linien-Konzept, dargestellt im Nahverkehrsplan, flexibel und anpassungsfähig sein.*

*Wenn wir, was unser Aller Anliegen ist, einen Beitrag zur Verkehrswende und damit zum Klimaschutz leisten wollen, dann muss das ÖPNV-Angebot, speziell das Busangebot für die Kunden und die künftigen Nutzer attraktiv und verlässlich sein.*

*Dass dabei auch das „Risiko“ der Kosten, einschließlich der enorm steigenden Treibstoffkosten im Blick gehalten werden muss, dürfte Jeder und Jedem klar sein. Ob angesichts der aktuellen Entwicklungen jedem zusätzlichem Bus-Kilometer (sprich Angebotserweiterung) zugestimmt werden kann, bleibt eine spannende Frage.*

*Soll die „Mobilitätsgarantie“, wie sie dem Land bzw. dem Verkehrsminister vorschwebt, nicht zum Scheitern verurteilt sein, bedarf es dringend einer spürbar verbesserten, dynamisierten Finanzausstattung.*

*Der „Mobilitätspass“, der eine schön umschriebene neue Abgabe für die Bürgerinnen und Bürger ist, kann keine Alternative sein.*

*Wenn Bund und Länder in der Lage sind, für ein „Deutschland-Ticket“ (49-Euro-Ticket), zumindest bis 2023 rd. 3 Mrd. Euro zzgl. rd. 1,5 Mrd. Euro für evtl. Mehrkosten „locker“ zu machen, dann darf nach unserer Einschätzung der Regionalverkehr und mithin auch die Busverkehre, nicht „auf der Strecke bleiben“.*

*Wir sind auf die finanziellen Auswirkungen auf unseren Landkreis gespannt, die sich durch das „Deutschland-Ticket“ (????Euro) und das „Landesweite*

*Jugendticket“ (180.000 € ????) ergeben und die uns das Amt für Mobilität sicher noch vorlegen wird.*

*Die Flatrate „Deutschlandticket“ muss und wird Folgen für die VVS-Tarife haben und zu Mehrbelastungen im Verkehrsverbund führen.*

*Bei unseren drängenden Verkehrsthemen A8 und B10 ist die Finanzierung, so wird uns von den zuständigen Stellen beteuert, geklärt und gesichert.*

*Wie lange noch?*

*Allein die Planung beider Maßnahmen dauert zu lange – viel zu lange.*

*Ob eine „Task force“ oder weitere „Verkehrsgipfel“ beschleunigend wirken, ist nicht nur für uns, fraglich.*

*Wir sind gerne bereit, uns an wirkungsvollen Maßnahmen zu beteiligen.*

*Darüber werden wir ja demnächst ausführlich reden.*

*Beim Klimaschutz tut sich Einiges.*

*Termine - Besprechungen – Sitzungen – Beratungen – Konzepte – Gedanken – Anregungen - Vorschläge – Maßnahmen – usw. usw.*

*Doch was tut sich konkret?*

*Nach unserer Einschätzung noch relativ wenig.*

*Auch wenn noch mehr passieren muss sind wir gut beraten, bei all unseren Vorhaben in Sachen Klimaschutz, deren Effektivität zu hinterfragen.*

*Auch die Kosten.*

*In unserem Klimaschutzprogramm sind ja viele gute und sinnvolle Ansätze enthalten.*

*Die allermeisten Vorschläge richten sich allerdings an Dritte!!!!*

*Und da stößt man bei der Realisierung unweigerlich an Grenzen.*

*Deshalb ist es richtig, neben grundlegender Überzeugungsarbeit*

*(„Bohren dicker Bretter“), eigene Maßnahmen in Angriff zu nehmen und umzusetzen.*

*Erwähnen dürfen wir dabei die Photovoltaik-Offensive des Landkreises, die, wäre es nach uns gegangen, schon vor Jahren hätte begonnen werden können. Sie erinnern sich bestimmt an unsere Anträge dazu.*

*Aber gut! Seien wir froh, dass es wenigstens jetzt so weit ist.*

*Kreiskämmerer Günter Stolz hat uns aufgezeigt, welche enormen, nicht abschätzbaren Risiken der Haushaltsentwurf enthält, die, wenn sie eintreten, das gesamte Planwerk zu Makulatur werden lassen.*

*Allein die Risiken, die mit den aktuellen Kosten- und Preissteigerungen verbunden sind, können kaum realistisch eingeschätzt werden.*

*Mit (üblen) Überraschungen in diesen Segmenten ist zu rechnen.*

*Nehmen wir als ein Beispiel die Oberböhringer Steige.*

*Nach ursprünglich geschätzten Ausbaurkosten in Höhe von 3,5 – 4,5 Mi. €, sind es nun aktuell knapp 9 Mio. €.*

*Mal sehen, wie sich die Zahlen nach der Ausschreibung darstellen.*

*Mutig hat das Finanzdezernat die Grunderwerbsteuereinnahmen „kalkuliert“.*

*Für das kommende Jahr 2023 sind es stolze 17,5 Mio. Euro.*

*Und schon kommt mit den aktuellen Novemberzahlen der erste Dämpfer.*

*Der Rückgang der Grunderwerbsteuereinnahmen dürfte aktuell noch nicht Anlass zur Sorge geben.*

*Allerdings ist der Hinweis angebracht, dass die bislang erfreulich sprudelnde Einnahmequelle, auch mal eine Grenze erreichen kann, ab der es nicht mehr so weiter geht!*

*Betrachten wir die Jahresabschlüsse der letzten Jahre, so ist es geradezu erfreulich, dass die mit erheblichen Überschüssen gefüllte Ergebnisrücklage, teilweise zum Ausgleich des Fehlbetrages 2023 in Anspruch genommen werden kann.*

*Ja – zur Wahrheit gehört auch: dies war nur möglich, weil die bisherigen Kreisumlagehebesätze hoch, für manche zu hoch, angesetzt waren.*

*Jetzt kann durch die Rücklagenentnahme, der Hebesatz stabil gehalten und damit Rücksicht auf die ohnehin schon angespannten Haushalte der Städte und Gemeinden genommen werden.*

*Vom Gemeindetagskreisverband hat uns (relativ spät) ein Schreiben erreicht, in dem auch eine Gesprächsrunde mit Vertretern des Gemeindetags, der Landkreisverwaltung und des Kreistags angeregt wird.*

*Wir begrüßen eine solche Gesprächsrunde außerordentlich und bitten um eine zeitnahe Terminvereinbarung. Der von der Verwaltung angedachte Termin im Herbst 2023 erscheint uns zu spät zu sein.*

*Angesichts der vielfach risikobehafteten Haushaltslage ist die Frage durchaus berechtigt:*

*Wollen – Sollen – Können wir uns Alles leisten was wir uns vorgenommen haben????*

*Müssen evtl. Abstriche erfolgen???*

*Es wird künftig nicht mehr allein um die Bedürfniserfüllung gehen, sondern auch darum, ob und wie wir unsere Vorhaben finanzieren können.*

*In unserer Stellungnahme zur 2. Lesung hatte ich ausgeführt und möchte es heute wiederholen:*

*Bange machen gilt nicht.*

*Lasst uns gemeinsam und zuversichtlich den Blick nach vorne richten und mutig die Zukunft angehen.*

*Deshalb nehmen wir die Herausforderungen an, die vor uns liegen.*

*Und eh ich es vergesse:*

*Die Fraktion der Freien Wähler stimmt dem Haushalt 2023, der*

*Haushaltssatzung und damit auch dem Kreisumlagehebesatz von 32,5 %*

*zu.*

*Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.*

\*\*\*\*\*

*Werner Stöckle  
Fraktion der Freien Wähler  
im Kreistag von Göppingen*